

# In 377 Schritten zum Untergang

Der Alarmplan der Bundesregierung

war ein gut gehütetes Staatsgeheimnis

des kalten Krieges – noch lange über dessen Ende hinaus.

Der für „Fallex 66“ blieb 55 Jahre unter Verschluss. Er bildet die Säule eines zivilen, bundesdeutschen Krisenmanagements, an das weitere Alarmpläne von Ämtern, Behörden und Bundesländern andockt wurden. Nun gibt es erstmals Einblicke in den 377-Punkteplan Richtung Atomkrieg.

Oktober 1966. Regierung und Parlament üben den Ernstfall und evakuieren dafür in den Atomschutzbunker an der Ahr – im Bild ein Wagen der Fahrbereitschaft des Deutschen Bundestages vor dem Eingang Ost-Ost, heute Dokumentationsstätte.

Freitag, 14. Oktober 1966. Ernst Benda, Staatsrechtsexperte der CDU, fordert einige ausgesuchte Mitglieder des Deutschen Bundestages auf, am Wochenende die Bundeshauptstadt Bonn nicht zu verlassen. Jederzeit ist mit der Verlegung in den Regierungsbunker zu rechnen. An der Demarkationslinie zwischen Bundesrepublik Deutschland und der sowjetischen Besatzungszone sind feindliche Truppen in Stellung gegangen. Warschauer Pakt-Soldaten testen mit lokalen Vorstößen die Wehrhaftigkeit von Bundeswehr und Bundesgrenzschutz.

Es ist nur eine Frage der Zeit, wann sich aus diesen militärischen Scharmützeln etwas Größeres entwickelt. Wann genau was passiert, beschreibt das geheime Drehbuch der NATO-Übung „Fallex 66“. Zum dritten Mal findet diese Stabsrahmenübung mit deutscher Beteiligung statt. Simuliert wird dabei der Ernstfall. Das schließt ein Umstellen aller zivilen und militärischen Handlungsfelder vom Normalzustand hin zum Verteidigungsfall ein. Details dazu beschreibt der Alarmplan der Bundesregierung. Abgearbeitet werden dabei vier Alarmstufen. Erstmals sind politische Entscheidungen über die Exekutive hinaus auch durch die Legislative geplant. Benda verantwortet diese Premiere. Der Vorsitzende des Arbeitskreises Allgemeine und Rechtsfragen der CDU/CSU-Fraktion ist seit Wochen mit den Inhalten beschäftigt. Dafür wird ein Gemeinsamer Ausschuss aus 22 Abgeordneten der Bundestags-Fraktionen und elf Ländervertretern (Bundesrat) gebildet. Ernst Benda übernimmt dessen Vorsitz.

Das gesamte Wochenende wird er telefonieren, koordinieren, informieren. Laut Drehbuch eskalieren die Zwischenfälle an der inner-

deutschen Grenze. Die NATO-Strategen haben die Konfliktparteien mit „East-Germany“ und „West-Germany“ tituiert. Doch das passt den Bonnern gar nicht und sie haben in den Vorbesprechungen für eine Korrektur gesorgt. Allzu leichtsinnig sollten die westlichen Verbündeten dann doch nicht mit dieser selbsternannten „DDR“ umgehen. Nun kämpft die Bundesrepublik Deutschland gegen die Sowjetische Besatzungszone (SBZ). Ein Kriegstagebuch hält Geländeverluste, Truppenbewegungen und Verteidigungslinien penibel fest.

Die wichtigsten Ereignisse werden nach Bonn gemeldet. Die Stunde der Not – sie rückt näher. Benda informiert die dafür ausgesuchten Parlamentarier am Sonntag, dass die Bundeshauptstadt am Montagmorgen verlassen wird. Ziel der Evakuierung ist der 30 Kilometer entfernte Regierungsbunker in der Eifel.

Benda erklärt die nächsten Schritte, geht aber nicht auf Hintergründe ein. Für die Mitglieder des „Gemeinsamen Ausschusses übungshalber“ mag die Abfolge aussehen wie logische Entscheidungen, die sich aus den Entwicklungen dieser Übung ergeben. Doch tatsächlich ist alles fix und fertig durchgeplant. In 377 festgelegten Schritten wird das politische Finale absolviert. Der geheime Alarmplan ist die Checkliste der Bundesregierung Richtung atomarer Apokalypse.

Alles ist geregelt – auch die Belegung des Regierungsbunkers. Unter „A 131“ hält die erste Alarmstufe, der sogenannte „Voralarm“, fest: „Herstellen der Bezugs- und Funktionsbereitschaft der Befehlsstellen und Ausweichsitze“. Es folgt in Alarmstufe zwei, dem „Einfachen Alarm“, unter B 133: „Verlegung der Arbeitsstäbe in Befehlsstellen und Ausweichsitze. Die Bundesregierung führt nunmehr von der Befehlsstelle aus.“ Damit ist das Bonner Regierungsviertel relativ früh aufgegeben.

Aus dem Bunker werden die beiden letzten Alarmstufen „Erhöhter Alarm“ und „Allgemeiner Alarm“ durchgespielt. Der letzte Punkt für zivile Entscheidungsträger ist die „Verkündung der Feststellung über den Eintritt des Verteidigungsfalles“. Damit endet der Alarmplan, ganz gewiss aber nicht der Konfliktfall. „An allen weiteren Entscheidungen wäre der Gemeinsame Ausschuss nicht beteiligt gewesen“, erklärt Ernst Benda dazu 2008 in einem Interview erstmals diesen wichtigen Abschnitt der Übung in seiner politischen Dimension. Eine präjudizierende Wirkung des erdachten Verfahrens 1966 auf eine Ernstfallsituation lässt sich daraus zwar nicht ableiten. Doch es gab nur diesen einen Alarmplan. Und der endete für die zivile Seite mit der Verkündung des Verteidigungsfalles. Da der mit dem Bündnisfall gleichgesetzt wurde, übernahm ab hier die NATO das Kommando. Entscheidungen auf nationaler Ebene spielten insofern nur noch eine Nebenrolle. Das Parlament war planmäßig abgeschaltet.

So wenig 1966 die Fallex-Parlamentarier diese Hintergründe kannten, so dünn blieb die Informationslage darum nach der Übung.

Zwar fanden sich in Akten des Bundesministeriums des Innern im Bestand des Bundesarchives einige Seiten zu den Auslösemechanismen. Auch der Codename „Birkengrün“, der 1966 ein Erbrechen des Siegels zu geheimen Umschlägen im Panzerschrank des Ministeriums erlaubte, war hier nachzulesen. Doch das beschrieb Abläufe, nicht Inhalte. Und schon gar nicht ein ressortübergreifendes Krisenmanagement der Regierung.

Die einzige Quelle, die nach Ende des Ost-West-Konfliktes grobe Inhalte des bundesdeutschen Alarmplanes nennen konnte, war das Archiv des Bundesbeauftragten für Stasi-Unterlagen. 2006 wurden dort erstmals Unterlagen ausgewertet, die dem Bundesministerium der Verteidigung im kalten Krieg „abhandengekommen“ waren. Über die DDR-Auslandsspionage gingen sie nach Ost-Berlin. Nach der Wiedervereinigung landeten diese im Westen immer noch geheim gehaltenen Akten im Regal der Stasi-Unterlagenbehörde. Und auch, wenn ihre Inhalte sogar durch Übungsteilnehmer und involvierte Bundeswehr-Generäle als zutreffend bestätigt wurden – ein Beweis für die tatsächliche Alarmplanung der Bundesregierung fehlte bisher.

Nach 55 Jahren liegen nun erstmals Originale vor. Das Konvolut beschreibt auf 250 Seiten die Vorbereitung und Umsetzung der Alarmplanung für Krisenfälle der Bundesrepublik Deutschland. Sogar Protokolle der NATO-Besprechungen sind dabei. Sie belegen: nicht nur die Umbenennung von Ost- und Westdeutschland war eine Bonner Forderung für „Fallex 66“. Auch massive, chemische und biologische Kampfeinsätze auf dem Bundesgebiet mussten aus dem

**Schnellbrief**

5 Ausfertigungen  
1. Ausfertigung

~~Geheim~~ S III 1/Üb-597/65

AUSWÄRTIGES AMT  
II A 7-83-25/3753 II/65

Bonn, den 13. Oktober 1965

S III  
15. Okt. 1965  
Blatt 5 (Anl.?)

Blatt 2 Ausfert.

An den  
Herrn Chef des  
Bundeskanzleramtes  
z.Hd. Herrn Oberst i.G. Stamp oVIA

Herrn Bundesminister  
der Verteidigung  
S III 1  
z.Hd. Herrn OTL Maiwald oVIA

Herrn Bundesminister des Innern  
z.Hd. Herrn Oberst a.D.  
von Boeltzig oVIA

B o n n

PE 863/18  
Minister der Verteidigung  
Eing. 15. Okt. 1965  
Anlagen  
Abt. III

Arbeitsgruppe des BMVg  
P. 10  
14/09/18  
Abt. MIA

Aufschlussreicher BMI-Adressat Hans-Dietrich von Boeltzig. Der ehemalige Oberst im Generalstab der Wehrmacht ist rechte Hand von Theodor Busse, der bei „Fallex 66“ als Übungsleiter an der Spitze des bundesdeutschen Krisenmanagements stehen wird. Damit ist auch klar, dass Busse über von Boeltzig ins Drehbuch eingreift und Inhalte der NATO-Übung mitsteuert – so den für die Parlamentarier „bestellten Sieg“.

Betr. 1 Teilnahme des NATO-Rats an der Übung FALLEX 66

Drehbuch gestrichen werden. Derlei Kollateralschäden mit siechend vor sich hin krepierenden Bundesbürgern sollten den beteiligten Politikern nicht zugemutet werden.

Diesen „weichen Kriegsverlauf“ mit westlicher Überlegenheit und einem laut Drehbuch früh die Waffen niederstreckenden Ostblock nannte Übungsteilnehmer Wolfram Dorn (FDP) später den „bei der NATO bestellten Sieg“. Informationen dazu hatte er nicht von der zivilen Übungsleitung erhalten, sondern von Militärs.

Doch die plagen damals ganz andere Fallex-Sorgen – auch das beschreiben die nun erstmals einsehbaren NATO-Dokumente: der Bündnisfall der westlichen Militärallianz ist zeitlich eng gekoppelt an den Ersteinsatz von Kernwaffen.

Die Deutschen monieren bei den NATO-Besprechungen 1965, Anfang 1966: das Fenster einer konventionellen Verteidigung wird zu schnell geschlossen. Der ersten Kalaschnikow-Salve am 19. Oktober (5.30 Uhr; Ausbruch von Kampfhandlungen) folgt schon am 20. (16 Uhr) der selektive Einsatz von Kernwaffen. Damit wird Deutschland zügig dem atomaren Schlagabtausch überlassen.

Für die Übungsteilnehmer aus Parlamentskreisen wird an dieser Stelle im Drehbuch eine Feuerpause eingelegt. Der Ostblock ist geläutert und kehrt an den Verhandlungstisch zurück. Waffenruhe. Am 21. Oktober ist die Übung in diesem Stadium für die Notstandsabgeordneten beendet. Sie verlassen den Bunker – und die Übung.

Doch ein anderes Fallex-66-Fenster ist längst (ab 17. Oktober, 13 Uhr) geöffnet worden und „eine weitere Durchführung von Maßnahmen muß angenommen worden sein, die aber zeit- und inhaltlich nicht mit dieser Teilübung übereinstimmen muss.“ Die Präambel geht auf eine Übungs-Parallelwelt ein, die hinter den Kulissen geheim ihre Bahnen zieht. Fallex läuft demnach in den ersten beiden Teilabschnitten „Top Gear“ und „Jolly Roger“ nicht nacheinander ab, sondern zeitgleich und greift ineinander. Nur ist das entsprechende Fenster für die deutschen Teilnehmer inhaltlich nicht gefüllt. Damit gibt es ein weiteres Übungsgeschehen der NATO – sehr wahrscheinlich mit wesentlich radikaleren Inhalten für den Frontstaat und ganz im Sinne einer raschen Überleitung hin zu massiven Kernwaffeneinsätzen ab 21. Oktober im Zuge von „Jolly Roger“. Nach dem Abzug der Parlamentarier aus dem Bunker wird dort einmal durchgefegt, dann wird das atomare Arsenal der NATO Richtung Osten auf die Reise geschickt.

Am 28. Oktober 1966 ist es geschafft. Die letzte Seite des „Fallex“-Drehbuches wird zugeschlagen. Für Benda und seine Notparlamentarierkollegen ist der gewonnene Krieg da schon seit einer Woche vorbei. Heimlich und allein hat die NATO weitergeübt. Nun ist Deutschland atomar beerdigt, Zentraleuropa ziemlich kaputt und einen wirklichen Sieger kann man in all dem Chaos auch nicht ausmachen.

Nur zu den definitiven Verlierern gibt es ein klares Meinungsbild. Die Bundesrepublik und eine SBZ hat das Planspiel kollektiv ausgelöscht. Ein weiterer Verlierer ist die Legislative. Der „Gemeinsame Ausschuss“ spielt nach dieser Übung nie wieder eine Rolle im Bunker, wird zu den NATO-Planspielen auch gar nicht mehr eingeladen. „Fallex 66“ schafft damit Fakten. Man braucht kein Parlament, wenn geschossen wird.

Bendas historischer Übungs-Erfolg spielt sich – relativ unbemerkt – im Hintergrund ab: Erst- und einmalig wurden Volksvertreter in eine maximale Krise eingebunden. Nur dieser Einlage 1966 ist zu

verdanken, dass 2021 erstmals ein Alarmplan der Bundesregierung in die Öffentlichkeit gelangt.

**(7. Juni 2021)**

Anhang

### **Gliederung des Alarmplans „Fallex 66“**

**A „Voralarm“** (A 111 bis A 821) in den Schwerpunkten:

Allgemeine Maßnahmen

Innere Verwaltung

Verkehr mit den Untergruppen „Eisenbahnen“, „Straßenverkehr“, „Binnenschifffahrt“, „Seeschifffahrt“, „Luftfahrt“, „Straßenbau“, „Wasserstraßen“

Post- und Fernmeldewesen mit den Untergruppen „allgemeine Angelegenheiten des Post- und Fernmeldewesens“, „Postwesen“, „Fernmeldewesen“

Wirtschaft

Ernährung

Gesundheitswesen

Presse- und Informationswesen, Öffentlichkeitsarbeit

**B „Einfacher Alarm“** (B 113 bis B 963); Schwerpunkte wie A mit der Ergänzung:

Legislative Maßnahmen

**C „Erhöhter Alarm“** (C 121 bis C 958); Schwerpunkte wie B

**D „Allgemeiner Alarm“** (D 123 bis 485); insgesamt sieben Punkte zu:

Allgemeine Maßnahmen

Innere Verwaltung

Verkehr

Post- und Fernmeldewesen

Anmerkung: D beschreibt eine völlige Umstellung auf militärische Bedarfsträger